

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25 / 82

Berlin

24. Juni 1982

49. Jahrgang

Stiglin

Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung 1982 und 1983

Das DIW legt mit seinem zur Jahresmitte üblichen Bericht zur Wirtschaftslage erstmalig eine neue quantitative Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern und in der Bundesrepublik vor, die auch das folgende Kalenderjahr einbezieht. Der Versuch, den Konjunkturverlauf über einen so langen Zeitraum im voraus quantitativ zu erfassen, ist mit hohem Risiko behaftet. Sowohl international als auch im binnenwirtschaftlichen Bereich sind viele Rahmenbedingungen noch zu wenig greifbar. Dies gilt einmal für die Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen im Südatlantik und im Nahen Osten für die Höhe und regionale Struktur des Welthandels. Schwer prognostizierbar, aber zweifellos von großer Bedeutung ist zudem die monetäre Entwicklung in den USA, d. h. der von dort ausgehende Einfluß auf Zinsen und Wechselkurse.

Die vorgelegten Prognosedaten beziehen sich erstmals auf einen Zeitraum von weit mehr als einem Jahr. Dies kann nicht ohne Einfluß auf die Treffsicherheit der Prognose sein. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß, anders als bei kürzerfristigen Prognosen, für die Beeinflussung der Entwicklung im nächsten Jahr ein erheblicher wirtschaftspolitischer Spielraum existiert. Aufgabe dieser Prognose ist es daher auch, die Gestaltungsmöglichkeiten rechtzeitig darzulegen.

Westliche Industrieländer:

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen lassen nur mäßige Konjunkturbelebung erwarten

Die unbefriedigende Weltwirtschaftsentwicklung hat das Vertrauen in die Konjunkturpolitik weltweit stark erschüttert. Dieser Vertrauensschwund spornt die wirtschaftspolitischen Instanzen aber nicht zu einem Vorgehen an, mit dem sie nachweisen könnten, daß er in seinem jetzigen Ausmaß ungerechtfertigt ist. So unterbleiben wirtschaftspolitische Maßnahmen, ohne die ein anhaltender Wirtschaftsaufschwung schwer in Gang kommen kann. Immer mehr hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß konjunkturstimulierende Mittel, wie sie noch zur Bekämpfung der letzten weltweiten Rezession Mitte der siebziger Jahre mit Erfolg eingesetzt wurden,

zur Überwindung der gegenwärtigen Schwäche ungeeignet seien.

Vor allem besteht die Furcht, daß finanzpolitische Maßnahmen, die die Nachfrage steigern, nicht zu einer entsprechenden Angebotsausweitung führen und deshalb die Inflation erneut schüren könnten, die sich in vielen Ländern während der letzten Rezession um den Preis stark steigender Arbeitslosigkeit verlangsamt hat. Die meisten Regierungen sehen daher ihre Hauptaufgabe darin, das Angebot unmittelbar zu stärken. Wichtigstes Ziel ist, was auch für eine richtig verstandene Nachfragestrate-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1979 IN VM		2) VERÄNDERUNGEN GEGENUEBER DEM VORJAHR IN VM											
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1980			1981			1982			1983		
			REAL	NOMINAL	PREISE	REAL	NOMINAL	PREISE	REAL	NOMINAL	PREISE	REAL	NOMINAL	PREISE
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	12.0	-	1.8	6.7	4.8	-0.5	4	4.5	0.5	5	4.5	2.5	6	3.5
FRANKREICH	9.0	17.8	1.3	12.9	11.5	0.5	13.5	13	2	15.5	13	2.5	16	13
GROSSBRITANNIEN	6.4	9.4	-1.7	17.1	19.1	-2	10	12	1	10	9	1.5	8.5	7
ITALIEN	5.1	10.9	3.9	25.5	20.8	0	17.5	17.5	1	16.5	15.5	2	17	14.5
NIEDERLANDE	2.5	14.0	0.6	5.9	5.3	-1	4.5	5.5	1	6.5	5.5	2	7	5
BELGIEN	1.7	11.9	2.0	6.4	4.3	-1.5	5	6.5	0.5	7.5	7	1.5	8	6.5
DAENEMARK	1.0	3.1	-0.2	8.1	8.3	-1	9	10	1	11	10	2.5	11.5	9
IRLAND	0.2	0.6	1.0	17.0	16.0	1.5	19.5	17.5	-1	17	18	0.5	17.5	17
EG	37.9	-	1.2	12.5	11.1	-0.5	9.5	10	1	10.5	9	2	10.5	8.5
SCHWEDEN	1.7	4.1	1.8	14.0	12.0	-1	9	10	0	10.5	10.5	2	12.5	10.5
SCHWEIZ	1.5	7.3	4.0	7.1	3.0	2	8	6	-0.5	5.5	6	1	4	3
OESTERREICH	1.1	7.3	3.1	7.9	4.7	0	5.5	5.5	1.5	7.5	6	2	7	5
NORWEGEN	0.7	1.5	3.8	19.5	15.1	0.5	15.5	14.5	0	9	9	1.5	8.5	7
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	42.9	-	1.5	12.4	10.8	-0.5	9.5	9.5	1	10	9	2	10.5	8
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD	30.9	-	1.3	14.5	13.1	-0.5	11.5	12	1	12	11	2	12	10
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER U.BRD	-	87.9	1.7	12.0	10.2	-0.5	9.5	10	1	10.5	9.5	2	10.5	8.5
USA	37.9	9.2	-0.1	8.9	9.0	2	11	9	-1	5.5	6.5	2.5	7.5	5
KANADA	3.5	1.0	0.0	10.6	10.6	3	15.5	12	0	10	10	3	11	8
JAPAN	15.7	1.9	4.2	7.3	3.0	3	8	5	2.5	6.5	4	3.5	7	3.5
AUSSEUROPE. INDUSTRIELAENDER	57.1	-	1.1	8.6	7.4	2.5	10.5	8	0	6	6	3	8	5
AUSSEUROPE. INDUSTRIELAENDER	-	12.1	0.6	8.8	8.2	2	11	8.5	-0.5	6	6.5	2.5	7.5	5
INSGESAMT	100.0	-	1.2	10.2	8.9	1	10	9	0.5	8	7.5	2.5	9	6
INSGESAMT OHNE BRD	88.0	-	1.2	10.7	9.4	1.5	10.5	9.5	0.5	8	7.5	2.5	9	6.5
INSGESAMT OHNE BRD	-	100.0	1.5	11.6	10.0	0	9.5	10	1	10	9	2	10.5	8.5

1) AUF DOLLARBASIS.- 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAEZTUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAEZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

gie gilt, die Stimulierung der Investitionen. Nahezu alle Regierungen sind allerdings der Auffassung, daß dieses Ziel durch eine nachfragebelebende Finanzpolitik auch in der jetzigen Situation konjunktureller Schwäche nicht erreicht werden könne, weil dies zu einer Zunahme der bereits hohen staatlichen Haushaltsdefizite und der staatlichen Kreditnachfrage führen würde. Damit würden Zinssenkungen verhindert, wie sie zur Belebung der privaten Investitionen notwendig wären. Auch wenn die Geldpolitik einen expansiven finanzpolitischen Kurs durch stärkere Geldmengenausweitung unterstützte, würden ausreichende Zinssenkungen unterbleiben, da eine solche Geldpolitik wahrscheinlich die Erwartung beschleunigter Inflation hervorriefe.

Die Befürchtung, daß das Umschwenken auf einen ausgesprochen expansiven geld- und finanzpolitischen Kurs inflationsbeschleunigend wirken und das Zinsniveau auf einer Höhe halten würde, die die Investitionen beeinträchtigt, veranlaßt viele Regierungen dazu, die bisher verfolgte in der Grundtendenz restriktive Wirtschaftspolitik fortzusetzen, ja im Kampf gegen zunehmende staatliche Haushaltsdefizite sogar wieder restriktiver vorzugehen. Diese Haltung wurde auf dem Weltwirt-

schaftstreffen in Paris bekräftigt. Dem Einwand, daß damit die Wirtschaftspolitik ausgesprochen prozyklisch gestaltet werde, wird entgegengehalten, daß die mit dieser Politik beabsichtigte dauerhafte Inflationseindämmung und Konsolidierung des Staatshaushalts das Vertrauen der Unternehmen in die wirtschaftspolitische Solidität stärke und damit längerfristig ihre Investitionsbereitschaft vergrößere, so daß schließlich ein durch die Investitionen getragener Wirtschaftsaufschwung in Gang kommen werde.

Der Hinweis auf den Vertrauensgewinn, der mit einer solchen Wirtschaftspolitik erzielt werden soll, kann jedoch nicht davon ablenken, daß sie die gesamtwirtschaftliche Aktivität zunächst dämpft, was nicht ohne Einfluß auf die Absatzerwartungen der Unternehmen bleiben kann. Eine Eindämmung des Preis- und Kostenauftriebs allein bewirkt wenig, wenn sich nicht gleichzeitig die Absatzaussichten verbessern. Die Hoffnung, daß die Unternehmen nur wegen der Kostendämpfung zu steigenden Investitionen veranlaßt werden und damit den Anstoß für einen Wirtschaftsaufschwung geben, in dem sie Absatz für vermehrte Produktion finden, ist trügerisch. Sie würde sich nur erfüllen, wenn die Investitionszunahme trotz Absatzflaute so stark wäre, daß sie

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

LAENDER	PRIVATER VERBRAUCH			OEFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GUETERN			IMPORTE UND DIENSTEN		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	1,7	-1	-0,5	2,8	2	1	3,6	-3,5	-5	5,9	9	6,5	5,8	2	4,5
FRANKREICH	1,7	2	2,5	2,8	3	4	0,8	-1	2	3,4	4,5	4	5,5	0,5	6
GROSSBRITANNIEN	0,1	0	0	2,1	1	-0,5	-0,7	-8	0,5	0,3	-2,5	3,5	-3,4	-2	7
ITALIEN	4,4	0	0,5	2,0	2	2	10,0	0	-4	-4,3	6	5,5	7,9	-5,5	2
NIEDERLANDE	-0,9	-2	-2	1,4	1	0	-2,6	-6	-2	1,8	1	5	-0,7	-4	2
BELGIEN	1,7	-1	0	1,7	1	1	1,8	-4,5	1	7,1	-1	2	6,8	-3	2
DAENEMARK	-4,1	-1	1	5,2	3	4,5	-13,7	-15,5	-4	5,9	4	0,5	-7,2	-2	2
IRLAND	-0,5	-0,5	-4	2,5	0	0	-10,0	6	0	5,5	1,5	5,5	-4,0	2	0
1) EG	1,5	0	0,5	2,5	2	1,5	2,0	-3,5	-2	3,0	4	4,5	3,3	-1	4
1) EG OHNE BRD	1,4	0,5	1	2,4	2	1,5	1,2	-3,5	0	1,7	1,5	4	2,4	-2,5	4
SCHWEDEN	0,0	-0,5	-2,5	2,5	2	1	3,1	-5,5	-5	-1,5	1,5	4,5	1,0	-4	1
SCHWEIZ	2,5	1	0,5	1,6	0,5	3	9,9	-5,5	-2,5	4,1	3,5	0	7,0	-1,5	0,5
OESTERREICH.	1,5	0	1	1,6	2	2	2,2	-1,5	-1,5	7,2	8	5,5	6,2	1	4
NORWEGEN	1,7	1,5	1	4,2	5	2	1,9	16,5	1	1,4	1	0	4,0	2	5
1) EUROPAAEISCHE INDUSTRIELAENDER	1,5	0	0,5	2,5	2	1,5	2,4	-3	-2	3,0	4	4,5	3,5	-1	4
1) EUROP.INDU- STRIELAENDER O.BRD	1,4	0,5	0,5	2,4	2	1,5	1,8	-3	-0,5	1,9	2	3,5	2,8	-2	3,5
USA	0,4	2,5	1	2,9	1	-0,5	-6,3	-0,5	-1	10,0	-1	-3	-0,6	6	0
KANADA	1,0	2	1	-0,5	2	1	3,8	2,5	1	1,0	1,5	2	-2,2	4	1,5
JAPAN	0,6	0,5	2	2,3	3,5	4	0,2	2	3	18,7	16,5	5	-4,0	5,5	2
1) AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	0,5	2	1,5	2,5	1,5	0,5	-3,1	0,5	0,5	11,1	4	0	-1,8	5,5	1
1) INSGESAMT	0,9	1	1	2,5	1,5	1	-0,9	-1	-0,5	6,0	4	2,5	1,6	1,5	3
1) INSGESAMT OHNE BRD	0,8	1,5	1	2,5	1,5	1	-1,5	-0,5	0,5	6,0	3	2	0,8	1,5	2,5

1) GEWICHTE 1979 AUF DOLLARBASIS. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

auch das Ausbleiben einer konjunkturanregenden zusätzlichen Nachfrage des Staates kompensierte. Es ist jedoch äußerst zweifelhaft, ob sich die Unternehmen in ihrer Gesamtheit in dieser Weise verhalten werden.

Die Wirtschaftspolitik ist in den meisten Industrieländern zurückhaltend, obwohl wichtige Hindernisse beseitigt worden sind, durch die sie ihren Spielraum stark eingeeengt sah. Nicht nur verlangsamte sich die Inflation in führenden Ländern erheblich; auch verbesserte sich die Leistungsbilanz in vielen Volkswirtschaften beachtlich. Im Gegenzug hierzu nahm der Leistungsbilanzüberschuß der Erdölländer schneller ab, als zunächst erwartet worden war. Die Bilanz der Industrieländer insgesamt wies bereits im vergangenen Jahr nur noch ein geringfügiges Defizit auf. Doch nicht alle Industrieländer erfreuten sich einer Verbesserung ihrer Außenwirtschaftslage. Insbesondere in Frankreich und Italien ist die Zahlungsbilanzsituation noch prekär. Hoch

blieb auch das Leistungsbilanzdefizit der ölimportierenden Entwicklungsländer.

Die Leistungsbilanz der Erdölländer wird sich in diesem Jahr weiter verschlechtern, die der Industrieländer insgesamt nochmals verbessern. Aber auch das Defizit der ölimportierenden Entwicklungsländer wird abnehmen. Die bereits hohe Auslandsverschuldung dieser Volkswirtschaften vermindert ihren Kreditspielraum und zwingt sie zu einer Verringerung ihrer hohen Leistungsbilanzdefizite.

Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage vieler Industrieländer ging nicht einher mit einem entsprechenden Abbau der staatlichen Haushaltsdefizite, die im Vorjahr einen wichtigen Gegenposten zu den Passivsaldo der Leistungsbilanzen gebildet hatten. Da in der Rezession die Neigung der Unternehmen, sich zu verschulden, nachließ, wurde der Staat in die Rolle gedrängt, Einnahmefizite hinzunehmen, um einen Teil der Einnahmüberschüsse der privaten Haushalte auszugleichen.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westl. Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN					
	UNSELBSTAENDIGER ARBEIT						IN LANDESWAERHUNG									IN SZR		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982			
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	0,4	-1	8	8,3	5	3	-1,4	-0,5	7,5	5,9	5,5	2,5	5,8	-6,5	.			
FRANKREICH	6,8	13,5	16,5	15,0	13	15	5,4	12,5	15,5	13,5	12,5	12,5	13,4	-3,5	.			
GROSSBRITANNIEN	-1,3	10	14,5	18,9	9	8	0,4	12	13,5	21,0	11	7	31,7	7	.			
ITALIEN	25,1	3,5	21	23,1	22,5	16,5	20,3	3,5	20	18,4	22,5	15,5	14,0	2	.			
NIEDERLANDE	1,8	2,5	10,5	6,1	5	5	1,2	3,5	9,5	5,5	6	4	5,7	-7	.			
BELGIEN	0,7	-3	10,5	8,7	5	6,5	-1,3	-1,5	3	6,6	6,5	6	6,1	-7,5	.			
DAENEMARK	8,3	8	13	8,0	9	10	8,5	9	12	8,2	10	9	0,3	-4	.			
IRLAND	15,5	22,5	17,5	16,0	17	16,5	14,5	20,5	18,5	15,0	15	17,5	14,7	-0,5	.			
3) EG	6,5	5	13,5	13,8	10	9	3,4	5	11,5	11,5	10	7,5	12,5	-2,5	.			
SCHWEDEN	7,8	5	14,5	12,7	9,5	9	6,3	6	14,5	11,1	10,5	9	11,8	2	.			
SCHWEIZ	6,4	9	4,5	7,2	7,5	5,5	0,5	7	5	2,0	5,5	6	0,5	-0,5	.			
OESTERREICH	8,1	6	12	7,6	5,5	6	4,8	6	10	4,4	5,5	4,5	7,1	-5,5	.			
NORWEGEN	44,1	22	5,5	12,2	12	9	38,7	21,5	5,5	8,0	11	9	9,9	5,5	.			
3) EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	7,1	5,5	13	13,4	10	9	4,4	6	11	10,7	9,5	7,5	11,6	-2	.			
USA	4,5	11	1	9,3	10,5	6,5	4,6	9	2	9,4	8,5	7,5	8,6	19,5	.			
KANADA	11,5	19,5	7,5	11,9	13	11	11,4	16	11	11,2	9,5	11	10,6	18	.			
JAPAN	4,6	4	3,5	8,9	9	8	0,4	1	1	4,5	6	5,5	0,3	20,5	.			
3) AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	5,0	9,5	2	9,4	10,5	7	4,7	8,5	3	8,8	8	7,5	7,4	19,5	.			
3) INSGESAMT	5,9	8	7	11,1	10	8	4,5	7	7	9,8	9	7,5	9,7	8	.			

1) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-
2) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-3) GEWICHTET MIT 1979ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2); GEWICHTET NACH WELTEXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: SAEG, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAEZUNGEN DES DIW. GESCHAEZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAEANDERUNGSRATEN GERUNDET.

In der jetzigen außenwirtschaftlichen Konstellation besteht allerdings Anlaß zu der Hoffnung, daß im Zuge einer konjunkturellen Besserung, in der die Ausgabenneigung der Unternehmen wieder zunimmt, die Staatsdefizite leichter abzubauen sind als in einer Konstellation weiterhin hoher Leistungsbilanzdefizite. Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen wird es aber immer unvertretbarer zu warten, bis sich eine konjunkturelle Besserung ohne wirtschaftspolitische Aktivitäten einstellt. Bei den jetzigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist allenfalls eine leichte konjunkturelle Belebung und deshalb kein fühlbarer Abbau der Staatsdefizite zu erwarten.

Das gilt auch für die USA, wo von der erneuten Senkung der Einkommensteuer zur Jahresmitte expansive Impulse ausgehen werden. Die heftige Diskussion über die Höhe des Haushaltsdefizits hat die Regierung allerdings zu Kompromissen bei der Gestaltung der sonstigen Staatseinnahmen und der Ausgaben gezwungen. So wird man bei den Rüstungsausgaben weniger expansiv und in den übrigen

gebieten Ausgabenbereichen restriktiver vorgehen, als zunächst geplant worden war. Zudem ist die Geldpolitik bei immer nur zeitweiliger Auflockerung in der Tendenz noch so restriktiv, daß der Zinssenkungsprozeß nur stockend vorankommt. Die Geldpolitik ist weiterhin durch die Vorstellung des Federal Reserve Board geprägt, er dürfe nicht durch ein expansiveres Vorgehen die Inflationsgefahren verstärken, die die Regierung mit einem großen Haushaltsdefizit schüre. Vielmehr müsse er durch eine „besonnene“ Geldpolitik diese – vermeintlichen – Gefahren zu verringern suchen. Je mehr aber der Öffentlichkeit bewußt wird, daß das gegenwärtig vor allem konjunkturbedingt hohe Staatsdefizit weder der Inflationsverlangsamung entgegengestanden hat, noch – wie Beispiele der Vergangenheit zeigen – einer stärkeren Zinssenkung entgegensteht, wenn sie nur von der Geldpolitik zugelassen wird, um so stärker gerät der Federal Reserve Board bei weiter steigender Arbeitslosigkeit unter Zugzwang, expansiver als bisher vorzugehen.

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾	1982 ²⁾
	Westeuropäische Industrieländer ³⁾							darunter: EG						
Leistungsbilanz	- 9,4	- 5,5	+16,7	-14,6	-45,6	-11,6	+ 1,5	- 6,1	+ 1,0	+16,1	- 11,8	- 38,1	- 11,6	- 0,5
Handelsbilanz	-10,2	- 3,2	+14,7	-14,9	-42,1	- 9,6	+ 7,0	- 4,5	+ 4,6	+15,9	- 7,8	- 29,7	- 4,8	+ 10,0
Dienstleistungsbilanz	+13,2	+12,2	+20,3	+22,2	+20,6	+20,9	+21,0	+ 9,2	+ 8,9	+16,0	+15,3	+12,7	+13,2	+12,5
Obertragungsbilanz	-12,4	-14,5	-18,3	-21,9	-24,1	-22,9	-26,5	-10,8	-12,5	-15,8	-19,3	-21,1	-20,0	-23,0
Kapitalbilanz ⁷⁾	+13,0	+37,0	+12,9	+36,2	+65,5	-15,3	.	+ 7,7	+28,7	+ 2,6	+34,9	+56,0	-13,7	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 8,3	- 0,3	-16,7	-17,6	-10,2	-25,7	.	- 4,5	+ 0,8	- 9,6	- 4,3	- 2,4	-20,7	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	+21,3	+37,3	+29,6	+53,8	+75,7	+10,4	.	+12,2	+27,9	+12,2	+39,2	+58,4	+ 7,0	.
Devisenbilanz ⁹⁾	- 3,6	-31,5	-29,6	-21,6	-19,9	+26,9	.	- 1,6	-29,7	-18,7	-23,1	-17,9	+25,3	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+ 0,1	- 1,1	- 1,8	+ 3,6	+ 0,7	+ 1,7	.	+ 0,1	- 0,9	- 1,4	+ 3,7	+ 0,5	+ 1,3	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	- 2,1	-30,5	-26,6	-24,5	-19,7	+26,2	.	- 0,8	-29,1	-15,9	-26,1	-17,6	+24,8	.
Position beim Weltwährungsfonds ¹⁰⁾	- 1,6	+ 0,1	- 1,2	- 0,7	- 0,9	- 1,0	.	- 0,9	+ 0,3	- 1,4	- 0,7	- 0,8	- 0,8	.
	Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾							darunter: Vereinigte Staaten von Amerika						
Leistungsbilanz	+ 4,3	- 7,2	- 0,9	-11,4	- 8,6	+ 5,9	+ 5,5	+ 4,4	-14,1	-14,1	+ 1,5	+ 3,7	+ 6,6	+ 4,0
Handelsbilanz	+ 2,2	-10,8	- 4,6	-21,6	-16,1	- 1,9	- 1,0	- 9,3	-30,9	-33,8	-27,3	-25,3	-27,8	-32,0
Dienstleistungsbilanz	+ 7,2	+ 8,6	+ 9,9	+16,8	+15,5	+15,4	+15,0	+19,0	+21,8	+25,2	+34,9	+36,6	+41,7	+44,0
Obertragungsbilanz	- 5,1	- 5,0	- 6,2	- 6,6	- 8,0	- 7,6	- 8,5	- 5,3	- 5,0	- 5,5	- 6,1	- 7,6	- 7,3	- 8,0
Kapitalbilanz ⁷⁾	-10,7	-21,8	-20,0	+12,2	+ 6,3	- 4,8	.	-15,1	-20,3	-16,9	+12,8	-11,8	- 9,5	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 7,9	-11,9	-24,2	-28,4	- 6,4	+ 5,4	.	-15,1	-12,4	-11,8	-16,9	- 9,4	+10,9	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 2,8	- 9,9	+ 4,2	+40,6	+12,7	-10,2	.	- 0,0	- 7,9	- 5,1	+29,7	- 2,4	-20,4	.
Devisenbilanz ⁹⁾	+ 6,4	+29,0	+20,9	- 0,8	+ 2,3	- 1,1	.	+10,7	+34,4	+31,0	-14,3	+ 8,1	+ 2,9	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+ 0,1	- 0,7	- 1,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,2	.	+ 0,1	- 0,6	- 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,0	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	- 3,7	- 4,8	-13,3	+13,7	-11,7	- 3,6	.	- 0,2	+ 0,3	- 4,4	+ 0,6	- 6,3	+ 0,4	.
Position beim Weltwährungsfonds ¹⁰⁾	- 3,1	- 0,9	+ 4,0	- 1,0	- 1,4	- 3,7	.	- 2,3	- 0,7	+ 5,0	- 1,4	- 1,5	- 3,7	.
Dollarverpflichtungen gegenüber Währungsbehörden	+13,1	+35,4	+31,2	-13,9	+14,9	+ 5,0	.	+13,1	+35,4	+31,2	-13,9	+15,5	+ 5,2	.
	Obrige Welt ⁵⁾							darunter: Erdölländer ⁶⁾						
Leistungsbilanz	+ 5,1	+12,7	-15,8	+26,0	+54,2	+ 5,7	- 7,0	+37,3	+28,3	+ 6,9	+61,0	+110,0	+ 60,0	+ 10,0
Handelsbilanz	+ 8,0	+14,0	-10,1	+36,5	+58,2	+11,5	- 6,0	+62,6	+61,8	+46,0	+106,9	+168,0	+125,0	+ 82,0
Dienstleistungsbilanz	-20,4	-20,8	-30,2	-39,0	-86,1	-36,3	-36,0	-19,9	-25,7	-29,9	-36,2	-46,0	-52,0	-58,0
Obertragungsbilanz	+17,5	+19,5	+24,5	+28,5	+32,1	+30,5	+35,0	- 5,4	- 7,8	- 9,2	- 9,7	-12,0	-13,0	-14,0
Kapitalbilanz ⁷⁾	+10,0	+ 8,8	+20,0	+ 2,4	-37,3	- 7,9	.	-28,6	-18,0	-22,4	-47,0	-97,0	-55,3	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	+16,2	+12,2	+40,9	+46,0	+16,6	+20,3	.	-19,7	- 9,8	+ 4,3	- 7,6	-37,0	-25,0	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 6,2	- 3,4	-20,9	-43,6	-53,9	-28,2	.	- 8,9	- 8,2	-26,7	-39,4	-60,0	-30,3	.
Devisenbilanz ⁹⁾	-15,1	-21,5	- 4,2	-28,4	-16,9	+ 2,2	.	- 8,7	-10,3	+22,2	-13,9	- 4,7	- 0,5	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 0,2	+ 1,8	+ 2,8	- 4,0	- 1,2	- 2,9	.	- 0,1	-	-	-	+ 0,1	+ 0,1	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-19,6	-24,1	- 4,2	-26,1	-18,0	+ 0,4	.	- 7,4	-10,0	+21,6	-15,0	- 3,4	+ 1,4	.
Position b. Weltwährungsfonds ¹⁰⁾	+ 4,7	+ 0,8	- 2,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 4,7	.	- 1,2	- 0,3	+ 0,6	+ 1,1	- 1,4	- 2,0	.

1) Teilweise geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) EG, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 4) USA, Kanada, Japan.- 5) Als Restsaldo errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsaldo um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern änderten.- 6) Erdölländer in der Abgrenzung des IMF.- 7) Nettokapitalexport (-), -import (+).- 8) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 9) Bestandszunahme (-), -abnahme (+).- 10) Einschl. Sonderziehungsrechte.- 10) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken.

Die hier vorgelegte Prognose beruht denn auch auf der Annahme, daß der geldpolitische Kurs aus den genannten Gründen im zweiten Halbjahr erneut gelockert wird, wobei eine Geldmengenausweitung am oberen Rand des anvisierten Zielkorridors nicht nur zeitweilig hingenommen wird. Unter dieser Annahme ist damit zu rechnen, daß in der zweiten Hälfte dieses Jahres eine leichte Aufwärtsbewegung einsetzt, die ihren Anstoß nicht zuletzt von der Senkung der Einkommensteuer erhält und die von der Geldpolitik nicht abgewürgt wird. Die Konjunkturentwicklung wird im Jahre 1983 durch die nochmalige Einkommensteuersenkung zur Jahresmitte einen erneuten Impuls erhalten. Das Ausmaß der dadurch bedingten Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs hängt allerdings entscheidend vom monetären Rahmen ab, den die Geldpolitik im nächsten Jahr setzt. Da bisher nicht davon ausgegangen werden kann, daß der geldpolitische Kurs grundlegend geändert wird, ist auch 1983 keine stürmische Aufwärtsentwicklung zu erwarten.

Auch in *Großbritannien* sind die Aussichten gering, daß es nun, nachdem die Rezession überwunden zu sein scheint, zu einem kräftigen, durch die Investitionsentwicklung getragenen Aufschwung kommt, bei dem die hohe Arbeitslosigkeit wieder abnimmt. Ziel der seit mehreren Jahren verfolgten Restriktionspolitik, die die britische Wirtschaft in eine Rezession abgleiten ließ, die länger andauerte als in anderen Ländern, war es, die Bedingungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum zu schaffen. Zwar konnte der Preis- und Kostenauftrieb inzwischen erheblich verlangsamt werden. Das Beispiel Großbritannien zeigt aber deutlich, daß dies nicht ausreicht, den erstrebten Expansionsprozeß auszulösen.

Die Regierung ist trotzdem nach wie vor der Auffassung, daß es nicht ihre Aufgabe sei, durch Umschwenken auf einen expansiven wirtschaftspolitischen Kurs einen erneuten Aufschwung einzuleiten, sondern daß sie nur die Rahmenbedingungen zu schaffen habe, innerhalb derer sich die private Wirtschaft entfalten kann. Auf den Entfaltungsprozeß selbst nimmt sie keinen Einfluß, sondern vertraut darauf, daß dies die marktwirtschaftlichen Kräfte allein schaffen. Bisher hat sich die wirtschaftliche Lage Großbritanniens in erster Linie deswegen verbessert, weil der Lagerabbau aufgehört hat. Zu einem nennenswerten Anstieg der Lagerinvestitionen ist es dagegen noch nicht gekommen. Auch die Entwicklung der privaten Anlageinvestitionen ist nach wie vor enttäuschend. Nachdem die privaten Anlageinvestitionen in den letzten beiden Jahren zurückgegangen waren, dürften sie 1982 nur mäßig zunehmen. Angesichts des von der britischen Regierung ver-

folgten wirtschaftspolitischen Kurses ist es nicht verwunderlich, daß sich die Absatzerwartungen der Unternehmen nicht so verbessern, wie es als Voraussetzung für einen Investitionsaufschwung notwendig wäre. Auch für 1983 ist nicht mit einem grundlegenden wirtschaftspolitischen Wandel zu rechnen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird deshalb in Großbritannien aller Wahrscheinlichkeit nach im nächsten Jahr ebenfalls verhalten bleiben.

Frankreich war nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr das einzige westeuropäische Industrieland, in dem einer auf Wachstum und Vollbeschäftigung gerichteten Wirtschaftspolitik eindeutig Priorität eingeräumt wurde. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern gelang es damit immerhin schon 1981, ein schwaches Wirtschaftswachstum zu erreichen. Im laufenden Jahr dürfte Frankreich mit 2 vH die relativ höchste Wachstumsrate des Sozialprodukts in Europa verzeichnen.

Trotz dieser Erfolge sieht sich die Regierung mit einer Reihe schwerwiegender Probleme konfrontiert. So ist die Inflationsrate im Unterschied zu den anderen Ländern nicht gesunken, und das Leistungsbilanzdefizit hat sich wieder erhöht. Charakteristisch für die französische Wirtschaftspolitik war vor allem die Konzentration der Anregungsmaßnahmen auf eine Stimulierung des privaten Verbrauchs, u. a. mittels kräftiger Einkommenserhöhungen für die Bezieher niedriger Einkommen sowie expansiver Sozialausgaben. Damit sind zwar auf der Nachfrageseite die notwendigen Voraussetzungen für verbesserte Absatzerwartungen geschaffen worden. Die privaten Investitionen nahmen aber noch nicht genügend zu, obwohl die steigenden Soziallasten teilweise durch den Staat übernommen wurden. Wegen der Belastung des Staatshaushalts mit zusätzlichen laufenden Ausgaben verringerte sich der Spielraum für Investitionen in den nationalisierten Unternehmen. 1983 soll dieser Spielraum durch Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben wieder erweitert werden. Dafür soll die Zunahme der Ausgaben im Sozialbereich gebremst werden. Insgesamt ist nicht damit zu rechnen, daß sich der Anstieg der öffentlichen Ausgaben im bisherigen Tempo fortsetzt, weil die Regierung eine weitere Ausweitung des Haushaltsdefizits in Grenzen halten will.

Um der französischen Wirtschaft dennoch Wachstumsimpulse zu vermitteln, ist der Franc innerhalb des Europäischen Währungssystems abgewertet worden. Als flankierende Maßnahme hat die französische Regierung für die nächsten vier Monate einen generellen Lohn- und Preisstopp beschlossen — sicher kein Ersatz für eine konsensgetragene Einkommenspolitik. Sie kann überdies Hoffnungen auf eine konjunkturelle Belebung bei den wichtig-

sten Handelspartnern im zweiten Halbjahr dieses Jahres setzen. Mit einer gewissen Belebung der französischen Ausfuhren ist daher zu rechnen, zumal sich die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft infolge der Abwertung verbessert hat. Insgesamt dürfte sich das Wachstum der französischen Wirtschaft 1983 auf dem in der zweiten Jahreshälfte 1982 erreichten Pfad fortsetzen.

In *Italien* gibt es neben anhaltenden Wirtschaftsproblemen auch einige Lichtblicke. Einerseits weist Italien trotz in den letzten Monaten abnehmender Inflationsraten immer noch die höchsten Preissteigerungen unter den großen Industrieländern auf. Andererseits zeigt sich im Unterschied zu den meisten anderen Ländern bereits im ersten Halbjahr 1982 eine gewisse konjunkturelle Belebung, obwohl die Geldpolitik anhaltend restriktiv ist.

Nachdem zu Jahresbeginn allenfalls Stagnation erwartet worden war, geht man nunmehr in Italien von einem Wirtschaftswachstum von 1 bis 1,5 vH für 1982 aus. Nachfrage und Produktion im Konsumgüterbereich haben sich in den letzten Monaten belebt. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß die Reallöhne 1981 bei stagnierendem Sozialprodukt noch um 4 vH gestiegen sind. Allerdings haben sich dabei die Gewinne wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stark verschlechtert. Das Leistungs- und Handelsbilanzdefizit nahm wieder zu. Auch die jüngste Abwertung der Lira reicht nicht aus, die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit voll zu kompensieren.

Entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Italiens in diesem Jahr und im Jahr 1983 wird denn auch die Lohnpolitik sein. Die von den Arbeitgebern gekündigte „Scala mobile“ — eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflation — bleibt noch bis zum Jahresende in Kraft. Die Hoffnung auf freiwillige Lohnzurückhaltung ist begrenzt. Wie sich die Gewerkschaften nach dem definitiven Auslaufen der Lohnindexierung verhal-

ten werden, bleibt abzuwarten. Gelänge es im Wege der Tarifverhandlungen nicht, den Lohn- und Preisaufrtrieb zu dämpfen, dann dürfte die Notenbank ihre restriktive Politik fortsetzen, so daß eine Fortdauer des Aufschwungs bis weit in das Jahr 1983 hinein nicht gesichert wäre. Allerdings wäre auch bei einem etwas höheren Wirtschaftswachstum — ähnlich wie in den anderen westlichen Industrieländern — kaum mit einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu rechnen.

Die Wirtschaft *Japans*, die im Sog kräftig steigender Exporte in den letzten Jahren auch dann noch expandierte, als das Sozialprodukt in den meisten übrigen Volkswirtschaften bereits schrumpfte, hat nun, nachdem die Schwäche der Weltkonjunktur und protektionistische Abschirmmaßnahmen vieler Abnehmerländer die Ausfuhrentwicklung stark gedämpft haben, ebenfalls mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Seit Ende vergangenen Jahres ist das wirtschaftliche Wachstum nur noch schwach. Anders als die Regierungen der meisten anderen Länder versucht aber die japanische Regierung, durch eine expansive Geld- und Finanzpolitik die heimische Nachfrage anzuregen und damit die Nachfragestruktur so zu verändern, daß künftig die Produktion für den Inlandsabsatz ein größeres Gewicht bekommt. Da jedoch auch in Japan der Staatshaushalt ein beachtliches Defizit aufweist, hat die japanische Regierung bisher noch keine zusätzlichen Ausgabenprogramme beschlossen, sondern zieht wie schon im vergangenen Jahr Ausgaben zeitlich vor. Im Unterschied zum letzten Jahr dürfte aber in der zweiten Jahreshälfte keine Ausgabeneinschränkung folgen; eher ist mit einem Nachtragshaushalt zu rechnen. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich das wirtschaftliche Wachstum in der zweiten Jahreshälfte wieder verstärkt und im Jahre 1983 mit diesem beschleunigten Tempo fortsetzt, zumal bei verbesserter Weltkonjunktur auch Japan wieder mit einer günstigeren Exportentwicklung rechnen kann.

Bundesrepublik Deutschland: Allmähliche Konjunkturerholung

Für die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Mitte des Jahres 1982 zeichnet sich eine Entwicklung ab, die weitgehend der entspricht, die kürzlich in der Gemeinschaftsdiagnose beschrieben worden ist¹. Zwar liegen statistische Ergebnisse in den meisten Fällen nur bis April vor, doch zeigte schon die Entwicklung des Sozialprodukts und seiner Komponenten im ersten Viertel dieses Jahres, daß die Erwartung einer anhaltenden Stagnation realistisch war. Die Befürchtung einer negativen Entwicklung, die sich aus einer von der amtlichen Statistik zunächst erheblich unterschätzten Produktion des verarbeitenden Gewerbes im März herleitete, wurde durch die nachträgliche Korrektur dieser Ergebnisse um nicht weniger als 3 Prozentpunkte zerstreut. Diese Berichtigung eines einzigen Monatswertes führt für das Sozialprodukt des ersten Quartals zu einer Niveaurektur um rund 0,5 vH. Damit war das Sozialprodukt ebenso hoch wie im Jahr zuvor.

Allen Indikatoren zufolge dürfte die Stagnation auch im zweiten Quartal angehalten haben. Der Auftragseingang im Monat April, der für die Nachfrage sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland einen starken Rückgang anzeigt, läßt zwar ein Abrutschen der Produktion befürchten. Wahrscheinlicher ist aber, daß bei der Entwicklung der Inlandsnachfrage die Unsicherheit über das Schicksal des Beschäftigungsprogramms eine Rolle gespielt hat, so daß der Bestellrückgang die konjunkturellen Tendenzen nicht widerspiegelt und folglich für die Monate Mai und Juni mit einer entsprechenden Ausgleichsbewegung nach oben gerechnet werden kann.

Für die Entwicklung der Komponenten des realen Sozialprodukts bleibt im ersten Halbjahr die Struktur kennzeichnend, die sich schon im Vorjahr herausgebildet hatte: Ein Abgleiten des Sozialprodukts wird durch eine rege Exporttätigkeit verhindert; die Inlandsnachfrage ist weiterhin rückläufig, wobei sich bei den Anlageinvestitionen das Tempo der Abwärtsbewegung sogar noch verschärft hat. Charakteristisch bleibt auch für diese Periode die Schwäche des privaten Verbrauchs; das schon in der entsprechenden Vorjahrsperiode gesunkene Niveau dürfte im ersten Halbjahr 1982 nicht erreicht werden. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich die Abschwächung beim Anstieg der Verbraucherpreise, die in den ersten Monaten dieses Jahres sehr deutlich gewesen war, nicht mehr so zügig wie erwartet fortsetzt. Im Mai hat sich der Preisanstieg sogar wieder beschleunigt. Zwar hatte dies keine konjunkturellen Ursachen, sondern hing überwiegend mit der Ent-

wicklung des Wechselkurses der D-Mark (Energiepreise) wie auch mit starken Verteuerungen der saisonabhängigen Nahrungsmittel zusammen; für die privaten Haushalte ergibt sich jedoch — ungeachtet der Gründe — eine Verschlechterung ihrer realen Einkommensposition.

Die Vorräte, die in der zweiten Jahreshälfte 1981 kräftig gesunken waren, haben im bisherigen Verlauf des Jahres wieder deutlich zugenommen. Zum Teil verbirgt sich hinter dieser Bewegung wohl ein ungeplanter Lageraufbau im Handel, zum Teil aber auch eine Aufstockung der Läger von industriellen Vorprodukten; darauf deuten die vermehrten Einfuhren von Gütern dieser Gruppe in den ersten Monaten des Jahres hin.

Obwohl die gesamte Wareneinfuhr saisonbereinigt erstmals seit Frühjahr 1980 wieder merklich gestiegen ist, hat sich die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik erheblich verbessert. Für die Leistungsbilanz dürfte sich im ersten Halbjahr 1982 ein geringfügiger Überschuß ergeben, nachdem ein Jahr zuvor das Defizit noch fast 16 Mrd. DM betragen hatte.

Bei insgesamt unbefriedigender Entwicklung der Produktion hat sich im ersten Halbjahr die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Der Rückgang der Beschäftigung setzte sich fort, in der Bauwirtschaft sogar beschleunigt. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Durchschnitt des ersten Halbjahres um 1,5 vH unter der in der entsprechenden Vorjahrszeit; sie war damit um fast eine halbe Million niedriger als am Anfang der gesamtwirtschaftlichen Stockungsphase Mitte des Jahres 1980. Die Arbeitslosigkeit hat zur Jahresmitte saisonbereinigt mehr als 1,8 Millionen betragen.

Zur Entwicklung der Rahmenbedingungen 1982/83

Die konjunkturelle Stagnation in der Bundesrepublik Deutschland dürfte um die Mitte dieses Jahres zu Ende gehen und von einer leichten Erholung abgelöst werden. Sie wird sich zunächst vor allem in einer Verbesserung der Nachfrage aus dem Inland zeigen. Die kurzfristige Entwicklung wird von verschiedenen Faktoren bestimmt:

- Die Geldpolitik liegt seit der Jahreswende auf einem sowohl potentialorientierten als auch konjunkturgerechten Kurs. Die Zinssätze haben seitdem deutlich nachgegeben. Zwar sind sie auch gegenwärtig noch recht hoch, doch hat ihre

¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1982. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1982, vom 6. 5. 1982.

Bremswirkung nachgelassen und schon vorsichtige positive Lagerdispositionen ermöglicht.

- Die Finanzierungssituation der Unternehmen verbessert sich zudem auch von der Ertragsseite her. Die Entlastung ergibt sich hier sowohl aus der anhaltenden Verbesserung der Terms of Trade als auch aus der kräftigen Verminderung des Lohnkostendrucks; die Lohnstückkosten dürften in der zweiten Hälfte dieses Jahres nur noch um 2,5 vH höher sein als ein Jahr zuvor. Damit wird sich das Anstiegstempo hier im Vergleich zu 1981 halbieren. Ermöglicht wird diese Verbesserung der Kostensituation durch die noch zurückhaltenderen Lohnabschlüsse der Runde 1982 und durch die Produktivitätsentwicklung, die freilich zum Teil auch auf die anhaltende Freisetzung von Arbeitskräften durch die Unternehmen zurückzuführen ist. Die Verbesserung der Finanzierungssituation der Unternehmen wird aber nach wie vor durch die gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche beeinträchtigt.
- In gewissem Umfang wird die Nachfrage nach Investitionsgütern im weiteren Verlauf dieses Jahres durch die Investitionszulage angeregt werden. Zwar wird durch diese Art der Investitionsförderung keine dauerhafte Stabilisierung der privaten Investitionsneigung erreicht, doch bei den Bestellungen und Umsätzen wird es zu Vorzieheffekten kommen, die sich bei den Aufträgen 1982, bei den Umsätzen besonders 1983 zeigen werden.
- Die Schwäche der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, die in den letzten Wochen wieder deutlich geworden ist, erklärt sich vor allem mit Einflüssen aus dem Europäischen Währungssystem. Es wird angenommen, daß sich nach den Kursanpassungen innerhalb des Währungssystems vom 12. Juni die Position der Mark gegenüber dem Dollar deutlich festigt.

Daß aus alledem keine rasche konjunkturelle Erholung entstehen wird, ergibt sich schon aus den zu Beginn dieses Berichts genannten Verunsicherungen. Außerdem ist es wahrscheinlich, daß die Grundtendenz der Finanzpolitik trotz der Investitionszulage und der schon im vorigen Jahr beschlossenen Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen restriktiv bleiben wird. Ausgabenkürzungen und Erhöhungen von Steuern und Abgaben, mit denen die Situation der öffentlichen Haushalte verbessert werden soll, wirken auch dann restriktiv, wenn sie zu einer Verminderung der Neuverschuldung führen und damit die Kreditmärkte durch den Staat weniger beansprucht werden. Hinzu kommt, daß in einer Situation gedämpfter gesamtwirtschaftlicher Aktivität die Konsolidierungsbemühungen nur sehr

begrenzte Erfolgchancen haben, da sie die Entwicklung der Einnahmen des Staates drücken und zu zusätzlichen Ausgaben führen, vor allem für Arbeitslose.

Zweites Halbjahr 1982:

Leichte Verbesserung der Inlandsnachfrage

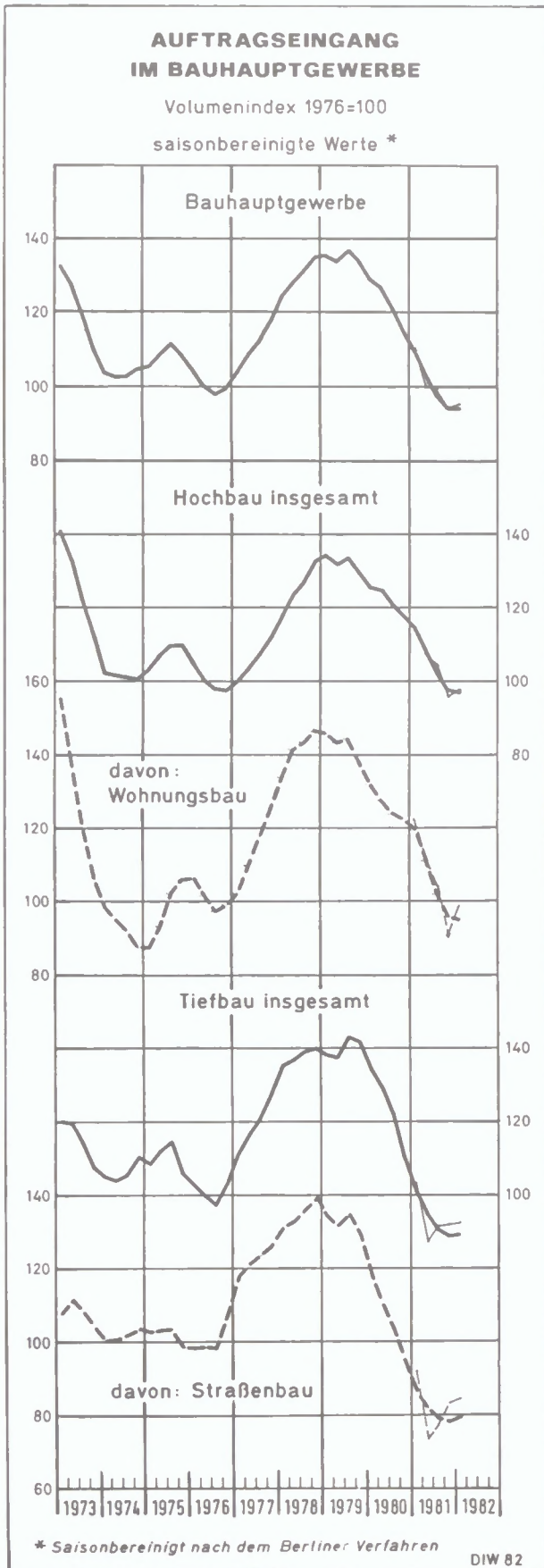
Die Impulse, die bis Ende letzten Jahres von den Exporten ausgegangen sind, haben sich 1982 deutlich abgeschwächt. Dies ergibt sich vor allem aus der Entwicklung der Ausfuhr in die OPEC-Länder, die Ostblockländer sowie einige bedeutende, unter Devisenmangel leidende Entwicklungsländer. Hinzu kommt die konjunkturelle Schwäche in den meisten westlichen Industrieländern, die wohl erst gegen Ende dieses Jahres überwunden werden wird. Das zweite Halbjahr 1982 wird dabei wohl durch eine stärkere Beteiligung der inländischen Nachfrage an der gesamtwirtschaftlichen Erholung gekennzeichnet sein.

Am deutlichsten wird sich die Inlandsnachfrage nach *Ausrüstungsinvestitionen* erhöhen. Beim Auftragsingang spielt dabei das Auslaufen der Begünstigungsfrist bei der Investitionszulageregelung Ende Dezember eine Rolle. Zum Teil wird sich der Anstieg der Bestellungen auch schon in vermehrten Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen. Dem Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 6 vH im ersten Halbjahr (Vorjahresvergleich) wird im zweiten nur noch eine geringfügige Abnahme folgen (0,5 vH), hinter der sich saisonbereinigt ein merklicher Anstieg verbirgt.

Bei den *Bauinvestitionen* dürfte der Rückgang der Nachfrage in diesen Monaten zu Ende gegangen sein². Wahrscheinlich werden sich die Auftragsvergaben an das Bauhauptgewerbe im zweiten Halbjahr saisonbereinigt schon wieder etwas erhöhen. Auch hier kommen Einflüsse der Investitionszulage ins Spiel. Wegen der üblichen großen Verzögerungen zwischen Nachfrage und Produktion wird die Tendenzwende bei den realen Bauinvestitionen aber erst 1983 eintreten; für die zweite Hälfte dieses Jahres kann man lediglich hoffen, daß der Rückgang zum Stillstand kommt, zumal positive Tendenzen, die für den Wohnungsbau und den Wirtschaftsbau gegen Ende des Jahres möglich erscheinen, durch die anhaltende Einschränkung der öffentlichen Investitionen zumindest kompensiert werden.

Der *private Verbrauch* hat zur Jahresmitte seinen konjunkturellen Tiefpunkt durchschritten. In Anbetracht der tendenziell noch immer rückläufigen rea-

² Vgl. Bauwirtschaft: Stabilisierung der Nachfrage auf niedrigem Niveau. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1982.



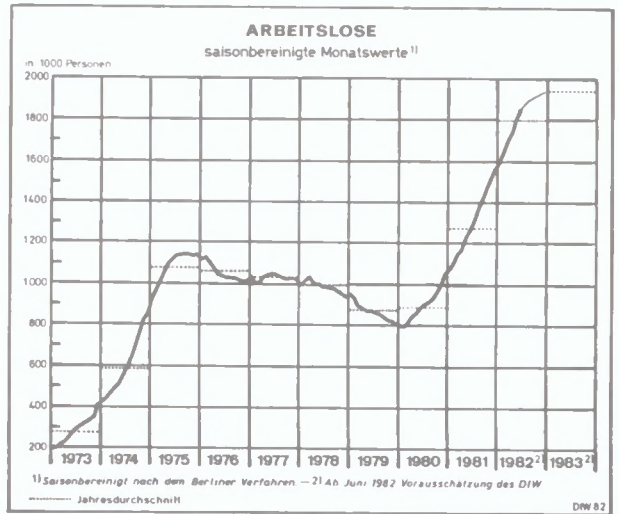
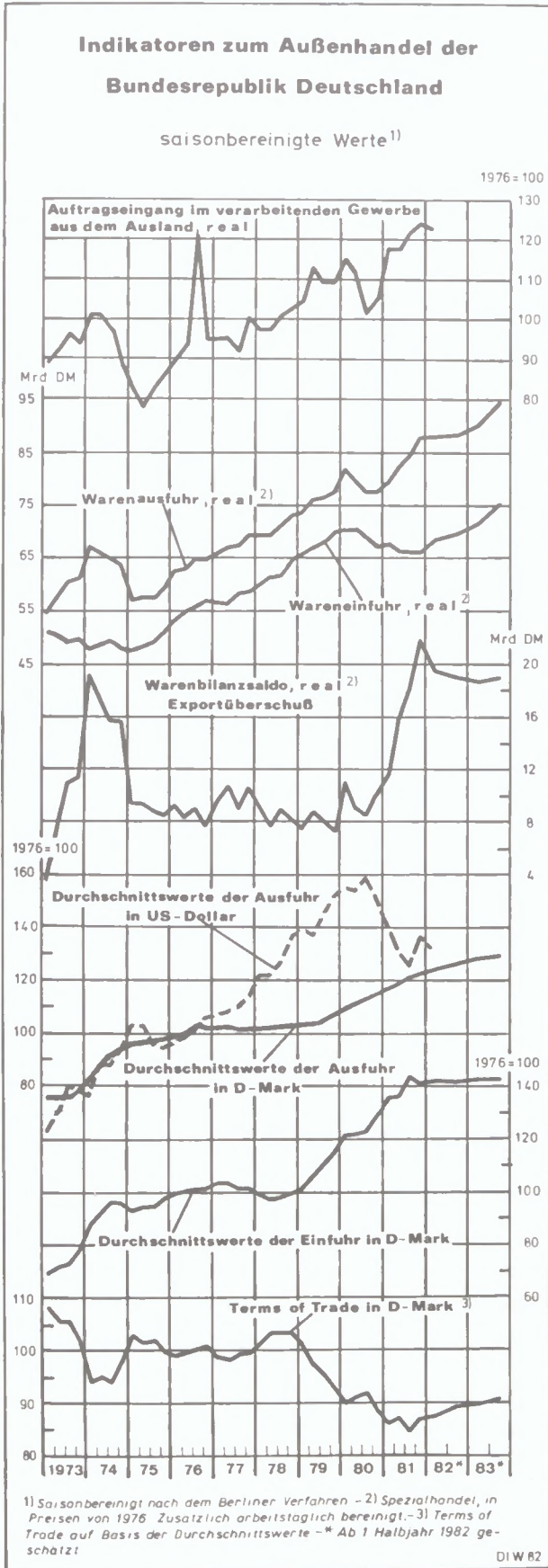
len Einkommen der Arbeitnehmer kann jedoch für die zweite Jahreshälfte, trotz recht kräftig steigender Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte, nur mit einer leichten Verbesserung gerechnet werden. Ein gewisser Impuls könnte aus einer verminderten Sparneigung resultieren: Die Sparquote der Haushalte war zu Beginn dieses Jahres überdurchschnittlich hoch. Mit fallenden Zinsen, die auch die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte steigen lassen, dürfte die Sparquote zurückgehen, d. h. ein wieder größerer Teil des gesamten verfügbaren Einkommens für Käufe mobilisiert werden.

Die reale *Ausfuhr* wird im weiteren Jahresverlauf die Produktion nur noch stützen, aber nicht mehr treiben. Auch diese Rolle kann sie nur deshalb spielen, weil die Unternehmen noch über hohe Auftragsbestände im Auslandsgeschäft verfügen. Der reale Auftragseingang aus dem Ausland geht schon seit Jahresbeginn deutlich zurück. Eine saisonbereinigte Zunahme der realen Warenausfuhr ist erst für das Jahresende zu erhoffen, wenn von der Konjunktur in den westlichen Industrieländern wieder Impulse ausgehen. Im Vorjahrsvergleich wird der Anstieg der realen Einfuhr sogar kräftiger sein als derjenige der Ausfuhr, der reale Außenbeitrag etwa auf dem hohen Niveau des ersten Halbjahres verharren. Die Leistungsbilanz bleibt dabei nahezu ausgeglichen.

Die *gesamtwirtschaftliche Produktion* wird bei dieser Entwicklung der Nachfragekomponenten im Jahre 1982 nur wenig größer sein als im Vorjahr (0,5 vH). Diese relative Verbesserung in der zweiten Jahreshälfte³ vermag einen weiteren Rückgang der Beschäftigung, insbesondere einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht aufzuhalten. Die Arbeitslosigkeit wird ein neues Rekordniveau erreichen; für den Jahresdurchschnitt 1982 zeichnet sich eine Erhöhung auf rund 1,8 Mill. Personen ab (1981: knapp 1,3 Mill.).

Bei den *Verbraucherpreisen* wird sich der Anstieg in der zweiten Jahreshälfte fühlbar abschwächen, nachdem die Steigerung zur Jahresmitte vor allem aufgrund der Anhebung der Tabaksteuer und von öffentlichen Gebühren noch einmal relativ kräftig sein wird. Die zu erwartende günstige Entwicklung der Kosten (Lohnstückkosten, Einfuhrpreise) im zweiten Halbjahr wird den Anstieg der Verbraucherpreise gegen Jahresende auf 4 vH (gegenüber Vorjahr) eindämmen.

³ Im Tabellenanhang sind diejenigen Veränderungsdaten, die der amtlichen Statistik noch nicht entnommen werden können, auf volle und halbe Prozentpunkte gerundet. Für das reale Bruttosozialprodukt führt diese Rundung für die beiden Halbjahre 1982 zu gleichen Zuwachsraten gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit (0,5 vH); der tatsächlich angenommene leichte Anstieg im zweiten Halbjahr wird überdeckt.



Perspektiven für 1983: Kein durchgreifender Aufschwung

Die nur geringfügige Verbesserung des Wirtschaftswachstums im Laufe des zweiten Halbjahres 1982 wirft die Frage auf, ob sie als Beginn eines dauerhafteren und kräftigeren Aufschwungs interpretiert werden kann. Ein sicheres Urteil hierzu ist noch nicht möglich⁴. Zwar sprechen einige Faktoren dafür, daß sich die Aufwärtstendenz im Jahre 1983 fortsetzen wird. Hierzu gehören die Produktionswirkungen der durch die Investitionszulage in das Jahr 1983 hineingezogenen Anlageinvestitionen; endogen bedingt ist auch mit einer günstigeren Entwicklung des realen privaten Verbrauchs und der Vorratsdispositionen zu rechnen. Außerdem kommen wahrscheinlich neue Impulse von der Ausfuhr.

Dem stehen freilich weiterhin retardierende Einflüsse der Finanzpolitik gegenüber. Trotz der katastrophalen Arbeitsmarktlage wollen die finanzpolitischen Entscheidungsträger auch 1983 an ihrem Konsolidierungskurs festhalten. Die Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung werden höchstens um 5 vH steigen. Dieser Anstieg reicht nicht aus, um das Wachstum auf den längerfristigen Potentialpfad zurückzuführen.

Dem prognostizierten Zuwachs der *staatlichen Verbrauchsausgaben* (4,5 vH) liegt die Annahme zugrunde, daß im öffentlichen Dienst zwar keine Neueinstellungen vorgenommen werden, aber der Vorsatz, freiwerdende Stellen nicht wieder zu beset-

⁴ Das DIW hat versucht, die Prognosedaten 1983 mit Hilfe der DIW-Version des ökonomischen Modells der Forschungsinstitute abzusichern. Dabei wurden für die sogenannten exogenen Variablen die gleichen Größen unterstellt wie für die auf analytischer Basis entwickelte Prognose. Bei beiden Ansätzen zeigt sich für 1983 eine deutliche Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

zen, in Anbetracht der Arbeitsmarktprobleme aus „beschäftigungspolitischer Mindestverantwortung“ fallengelassen wird. Immerhin scheiden jährlich nahezu 30 000 Arbeitnehmer altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus. Ähnlich ist die Entwicklung der Investitionsausgaben zu interpretieren: Vor dem Hintergrund der Entwicklung in der Vergangenheit und der sich fortsetzenden Sparwut ist der hier unterstellte Verlauf der öffentlichen Bruttoinvestitionen – gemessen in jeweiligen Preisen wird eine Zunahme um 1,5 vH unterstellt, real bedeutet dies einen nur geringen Rückgang – eher eine optimistische Variante. Dahinter steht aber die Erwartung, daß die Finanzpolitik nicht vollends darauf verzichtet, öffentliche Investitionen als ein Mittel einzusetzen, das in einer Phase der Rezession oder Wachstumsschwäche in hervorragender Weise geeignet ist, dem Wachstums- und dem Stabilitätsziel gleichermaßen näher zu kommen. Die Notwendigkeit der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur für die allgemeine ökonomische Entwicklung sollte nicht in Frage stehen.

Die Zunahme der *laufenden Transferausgaben* wird sich weiter abschwächen (auf knapp 5 vH). Geringfügig sinkenden Subventionen i. e. S. steht eine Steigerung der Übertragungen an die privaten Haushalte um 5 vH gegenüber: Die Geldleistungen der Rentenversicherung der Arbeiter expandieren wie 1982 um 5,7 vH, die der Angestellten um 7,6 vH; die Renten werden um 5,6 vH angehoben. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung nehmen die Kindergeldzahlungen jährlich um eine halbe Mrd. DM ab. Hingegen ist beim Arbeitslosengeld sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe noch nicht mit einer Trendumkehr zu rechnen; in beiden Fällen werden die Ausgaben noch steigen.

Die Entwicklung der *Vermögensübertragungen* wird durch die Inanspruchnahme der Investitionszulage gemäß der Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität geprägt. Im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme auf der Ausgabenseite verbucht. Für 1983 wird mit einer Belastung von 2 Mrd. DM gerechnet.

Zwar werden 1983 die *Steuereinnahmen* etwas stärker als in diesem Jahr steigen (um gut 5 vH), dennoch verschärft sich für die öffentlichen Haushalte das Finanzierungsproblem, zumal die übrigen Einnahmen – bei einer unterstellten Gewinnabführung der Bundesbank in Höhe von 8 Mrd. DM – schwächer zunehmen. Die gesamten Staatseinnahmen dürften um 4,5 vH steigen. Trotz der zum Teil erheblichen Eingriffe vor allem bei den sozialen Leistungen bleibt 1982 das *Finanzierungsdefizit* gegenüber dem Vorjahr unverändert (fast 70 Mrd. DM) und

wird sich 1983 – vor allem aufgrund der Entwicklung bei der Sozialversicherung – nochmals erhöhen (auf 77 Mrd. DM).

Anders als die Finanzpolitik verspricht die *Geldpolitik*, konjunkturgerecht zu bleiben. Bei sich fortsetzender Abschwächung des Preisauflaufs in der Bundesrepublik und einer stabilen Leistungsbilanz dürften Zinsschwankungen in den Vereinigten Staaten von Amerika einer konsequent potentialorientierten Geldpolitik weniger Schwierigkeiten als in der Vergangenheit bereiten. Im Gefolge eines solchen monetären Kurses würden 1983 auch die realen Zinssätze wieder „konjunkturgerecht“ werden können.

Für die *Lohnpolitik* ist auch 1983 ein Kurs der Zurückhaltung wahrscheinlich, der dann jedoch nicht mit einem nochmaligen Rückgang der Realeinkommen der Beschäftigten einherginge, sondern sich lediglich in einem Verzicht auf die volle Beteiligung am Produktivitätsfortschritt äußerte. Die diesjährige Lohnrunde hat erste Ansätze zu einer Differenzierung der Abschlüsse nach der Wirtschaftslage der einzelnen Bereiche gezeigt. Es ist zu vermuten, daß sich diese Differenzierung 1983 stärker ausprägt. Der sich daraus ergebende durchschnittliche tarifliche Steigerungssatz verliere freilich für die Beurteilung der Kostenwirkung der Abschlüsse an Aussagekraft, nicht aber für die gesamtwirtschaftliche Beurteilung der realen Kaufkraftentwicklung.

Entwicklung des Bauvolumens

(zu Preisen von 1970)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1981	1982	1983
<u>nach Produzentengruppen</u>			
Bauhauptgewerbe	-4,7	-7,5	2
Ausbaugewerbe	-5,1	-5	2
Sonstige Bauleistungen	-4,0	-6	0,5
Bauvolumen insgesamt	-4,6	-6,5	1,5
<u>nach Baubereichen</u>			
Wohnungsbau	-5,5	-7	2,5
Wirtschaftsbau	-2,4	-3	2
Öffentlicher und Verkehrsbau	-5,5	-10	-0,5
Quellen: Berechnungen des DIW; 1982 und 1983 geschätzt, Zahlen gerundet.			

Bei nach wie vor kräftigem – saisonbereinigt sogar wieder verstärktem – Anstieg des Exports werden auch die Komponenten der Inlandsnachfrage wieder zunehmen. Dies gilt insbesondere für die *Investitionen*. Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte sich 1983 unter dem Einfluß der Investitionszulage ein Schub ergeben (+ 5 bis 6 vH). Der An-

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1981	1982	1983
Produktion¹			
Bergbau	0,7	0	2
Verarbeitendes Gewerbe	-1,6	0,5	3
Grundstoff- u. Produktionsgütergew.	-3,5	-0,5	4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	-0,3	2	3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	-4,9	-1,5	2
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	2,0	1	3
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	-1,5	0,5	3
Weitere Kennziffern zum Bergbau und verarbeitenden Gewerbe			
Beschäftigte Personen	-2,3	-2,5	-1
Arbeitszeit	-1,7	-0,5	-1
Arbeitsvolumen	-3,9	-3	-2
Produktivität	2,4	3,5	5
Lohnsumme	3,3	2	4
Effektiver Lohnsatz	7,5	5	6
Lohnstückkosten	5,1	1,5	1
Reale Brutto-Anlageinvestitionen	-5	-3	7
Produktionspotential	2,1	1,9	2,0
Auslastung des Potentials	-3,7	-1,5	1
Auslastungsgrad ²	86,9	86	87
1) Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1976, kalendermonatlich. 2) Effektive in vH der potentiellen Produktion.			
Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden und eigene Berechnungen; 1982 und 1983 geschätzt, Zahlen gerundet.			

stieg der Bauinvestitionen wird bedeutend bescheidener ausfallen. Hier spielt wiederum die Zurückhaltung der öffentlichen Investoren eine erhebliche Rolle; hinzu kommen die bei Bauten langen Wirkungsverzögerungen. Obwohl sich die laufende Nachfrage nach Wirtschafts- und Wohnbauten schon im zweiten Halbjahr 1982 leicht erhöhen dürfte, werden die realen Bauinvestitionen wohl erst nach der Jahreswende wieder zunehmen. Insgesamt ist für den Jahresdurchschnitt 1983 ein Anstieg um nur 1 bis 2 vH zu erwarten.

Für den realen *privaten Verbrauch* ist ebenfalls eine Erhöhung von nahe 2 vH wahrscheinlich. Die Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen wird durch deutlich stärker als das Preisniveau steigende Einkommensübertragungen sowie durch wieder zunehmende Reallöhne positiv beeinflusst werden. Hinzu kommt, daß die Zahl der Beschäftigten bei insgesamt verbesserter Konjunkturlage nicht mehr so stark wie in diesem Jahr zurückgehen wird; saisonbereinigt könnte der Rückgang der Beschäftigtenzahl im Verlauf des Jahres 1983 zum Stillstand kommen.

Für das *reale Sozialprodukt* zeichnet sich aus den Einzeltendenzen eine Zunahme von 2 1/2 vH ab. In Anbetracht der fortbestehenden Hemmnisse, die insbesondere von der Finanzpolitik ausgehen, sich aber auch in einer nach wie vor geringen Bereitschaft der Unternehmen, Erweiterungsinvestitionen

vorzunehmen, äußern, ist dies eine eher optimistische Variante der zu erwartenden Entwicklung. Bei ihr würde sich zwar die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung etwas erhöhen, für die Arbeitslosigkeit wäre indes, gerechnet von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt, lediglich eine Verlangsamung des Anstiegs zu erhoffen (Jahresdurchschnitt 1983: 1,95 Millionen).

Günstiger als die der Gesamtwirtschaft wird sich die *Produktion des verarbeitenden Gewerbes* entwickeln. Nach einem Gleichschritt der Wachstumsraten im Jahre 1982 wird die Produktion des verarbeitenden Gewerbes 1983 in der Größenordnung von 3 vH expandieren. Dabei wird der Tendenzumschwung, begünstigt vom Vorratsaufbau der Arbeiter, im Grundstoff- und Produktionsgütersektor recht deutlich ausfallen und zu einem Anstieg der Produktion um etwa 4 vH führen.

Von der insgesamt steigenden Produktion und dem verstärkten Vorratsaufbau wird auch die Einfuhr profitieren. Zudem dürfte sich im Zusammenhang mit der Investitionszulage auch der Import von Investitionsgütern zusätzlich erhöhen. Real werden die Einfuhren im Jahresdurchschnitt etwas stärker steigen als die Ausfuhren, nominal werden bei weiteren Verbesserungen der Terms of Trade aber nach wie vor die Ausfuhren vorn liegen. Die Leistungsbilanz wird sich dabei weiter aktivieren.

Sowohl von den Einfuhrpreisen als auch von den binnenwirtschaftlichen Faktoren her zeichnet sich ab, daß sich die Stabilisierung der Verbraucherpreise auch 1983 fortsetzen wird. Wahrscheinlich wird der Anstieg bei 3 vH liegen

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Der hier prognostizierte konjunkturelle Aufschwung ist schwächer, als die Bundesregierung erwartet und insbesondere schwächer, als es für ein erstes Aufschwungsjahr bisher die Norm war. Hinzu kommt, daß die vorausgeschätzte Zuwachsrates des Sozialprodukts nicht etwa als ein schon vorgegebener fester Sockel im Sinne eines Minimums gesehen werden darf. Im Falle neuer Belastungen von außen oder innen ist auch dieses geringe Wachstum bedroht.

Von Herbst vorigen Jahres an hat die Bundesbank mit Zinssenkungen und liquiditätspolitischen Erleichterungen die monetäre Expansion angeregt. Sie ist damit auf einen dem Wachstumspotential entsprechenden geldpolitischen Kurs eingeschwenkt. Die Zentralbankgeldmenge bewegte sich im ersten Quartal dieses Jahres am oberen Rand des — mit laufenden Raten von 4 bis 7 vH begrenzten — Zielkorridor; im April ging sie sogar darüber hinaus.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1982 und 1983

	1981	1982	1983	1981		1982		
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	
I. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts Absolute Werte								
1. Entstehung <u>zu Preisen von 1970</u>								
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	25 626	25 250	25 190	25 613	25 639	25 250	25 250	
Arbeitszeit (Std.)	1 751	1 745	1 740	868	883	865	880	
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	44 875	44 110	43 775	22 241	22 634	21 860	22 250	
Produktivität (DM)	19,94	20,35	21,05	19,52	20,35	19,90	20,80	
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	894,8	898,5	922	434,1	460,7	435,5	463	
Nachr.: Arbeitslose (1 000 Pers.)	1 272	1 800	1 950	1 200	1 344	1 800	1 800	
2. Verteilung (brutto)		Mrd. DM						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	874,4	902	947,5	418,7	455,8	432	470	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	314,0	341,5	370,5	138,0	176,0	153	188,5	
Abschreibungen	191,0	205	221	94,1	96,9	101,5	103,5	
Indirekte Steuern abz. Subventionen	172,5	179,5	189	83,5	89,1	85,5	94	
Bruttosozialprodukt	1 551,9	1 628	1 728	734,2	817,7	771,5	856,5	
Nachr.: Lohnstückkosten (1970 = 100)	183,6	188,5	193,5	181,2	185,9	186,5	190,5	
3. Verwendung <u>zu jeweiligen Preisen</u>		Mrd. DM						
Privater Verbrauch	860,9	898,5	944,5	412,8	448,1	431	467,5	
Staatsverbrauch	325,8	341,5	357	151,9	173,9	159,5	182,5	
Anlageinvestitionen	353,8	346,5	371,5	163,6	190,3	159	188	
Ausrüstungen	132,9	133,5	146,5	62,9	70,0	61,5	72	
Bauten	220,9	213	224,5	100,6	120,3	97,5	116	
Vorratsveränderung	-0,8	+6,5	+13,5	+7,2	-8,0	+4	+2,5	
Außenbeitrag	+12,2	+35	+41,5	-1,3	+13,5	+18	+16,5	
Ausfuhr	494,2	553	605	231,2	263,0	268	285	
Einfuhr	482,0	518	563,5	232,5	249,5	250	268	
Bruttosozialprodukt	1 551,9	1 628	1 728	734,2	817,7	771,5	856,5	
<u>zu Preisen von 1970</u>		Mrd. DM						
Privater Verbrauch	493,2	491	501,5	240,9	252,4	239	252	
Staatsverbrauch	160,1	161,5	163,5	79,0	81,1	79,5	82	
Anlageinvestitionen	205,3	195	201,5	95,9	109,4	90	105	
Ausrüstungen	88,2	85,5	90	42,1	46,2	39,5	46	
Bauten	117,0	109,5	111,5	53,9	63,2	50,5	59,5	
Vorratsveränderung	-0,5	+5,5	+11	+4,4	-4,9	+2,5	+3	
Außenbeitrag	+35,9	+43,5	+45	+13,0	+22,9	+23	+20	
Ausfuhr	298,1	317,5	337	141,8	156,3	156	161,5	
Einfuhr	262,2	274,5	292,5	128,8	133,5	133	141,5	
Bruttosozialprodukt	894,0	897	922	433,2	460,8	434,5	462,5	
<u>Preisentwicklung</u>		1970 = 100						
Privater Verbrauch	174,5	183	188,5	171,4	177,6	181	185,5	
Staatsverbrauch	203,5	211	218,5	192,4	214,3	200	228,5	
Anlageinvestitionen	172,4	177,5	184	170,5	174,0	176,5	178,5	
Ausrüstungen	150,7	156,5	162,5	149,6	151,6	155,5	157	
Bauten	188,7	194,5	201,5	186,8	190,4	193,5	195	
Terms of Trade	90,2	92	93	90,3	90,0	91,5	93	
Ausfuhr	165,8	174	179,5	163,1	168,2	172	176,5	
Einfuhr	183,8	189	193	180,6	186,9	188	189,5	
Bruttosozialprodukt	173,6	181,5	187,5	169,5	177,5	177,5	185	

Dies wird mancherorts bereits mit Sorge registriert: Zwar sei die akute Gefahr einer Inflationsbeschleunigung gering, da eine monetär induzierte Mehrnachfrage nach Gütern zunächst auf hohe Kapazitäts- und Produktivitätsreserven stoße; aber auf etwas längere Sicht, vielleicht schon 1983, entstehe ein monetäres Expansionspotential, das bald inflatorisch genutzt werde. Diese Gefahr soll nicht bagatellisiert werden. Zu einer Dramatisierung besteht

allerdings auch kein Anlaß. Ebenso wie früher nach einer Periode überschießender Geldmenge zeitweilig niedrigere Expansionsraten akzeptiert werden mußten, wird man die gegenwärtig höheren Raten als eine notwendige Korrektur der Verfehlung des Geldmengenziels im vorigen Jahr aufzufassen haben. Überzogen ist jedenfalls der Vorwurf der Zielüberschreitung; denn in den ersten Monaten eines Jahres ist der Zieltrichter noch so eng, daß

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981	1982	1983	1981		1982	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
1. Entstehung <u>zu Preisen von 1970</u>							
Erwerbstätige Arbeitszeit	-0,6 -1,4	-1,5 -0	-0 -0,5	-0,3 -2,3	-0,9 -0,5	-1,5 -0	-1,5 -0
Arbeitsvolumen Produktivität	-2,0 2,0	-2 2	-0,5 3,5	-2,6 1,7	-1,4 2,2	-1,5 2	-2 2,5
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,5	2,5	-0,9	0,8	0,5	0,5
Nachr.: Arbeitslosenquote (in vH)	5,4	7,5	8	5,1	5,7	7,5	7,5
2. Verteilung (brutto)							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	5,0	3	5	5,2	4,8	3	3
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-0,9	8,5	8,5	-6,4	4,0	10,5	7
Abschreibungen	8,6	7,5	8	9,4	7,8	8	7
Indirekte Steuern abz. Subventionen	3,7	4	5	4,2	3,3	2,5	6
Bruttosozialprodukt	4,0	5	6	3,2	4,8	5	4,5
Nachr.: Lohnstückkosten	5,0	2,5	2,5	6,1	4,0	3	2,5
3. Verwendung <u>zu jeweiligen Preisen</u>							
Privater Verbrauch	4,8	4,5	5	4,6	4,9	4,5	4,5
Staatsverbrauch	7,1	5	4,5	8,5	5,9	5	5
Anlageinvestitionen	1,0	-2	7	1,4	0,6	-3	-1,5
Ausrüstungen	0,6	0,5	10	2,7	-1,2	-2	3
Bauten	1,2	-3,5	5,5	0,6	1,7	-3,5	-3,5
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	14,8	12	9,5	8,0	21,5	16	8,5
Einfuhr	11,1	7,5	9	8,9	13,3	7,5	7,5
Bruttosozialprodukt	4,0	5	6	3,2	4,8	5	4,5
<u>zu Preisen von 1970</u>							
Privater Verbrauch	-1,1	-0,5	2	-0,9	-1,3	-1	-0
Staatsverbrauch	2,1	1	1	3,4	0,8	1	1
Anlageinvestitionen	-3,3	-5	3,5	-3,2	-3,4	-6,5	-4
Ausrüstungen	-3,1	-3	5,5	-1,0	-4,9	-6	-0,5
Bauten	-3,4	-6,5	1,5	-4,8	-2,3	-6,5	-6
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	8,9	6,5	6	3,2	14,7	10	3,5
Einfuhr	2,1	4,5	6,5	1,3	2,9	3	6
Bruttosozialprodukt	-0,3	0,5	2,5	-1,2	0,5	0,5	0,5
<u>Preisentwicklung</u>							
Privater Verbrauch	5,9	5	3	5,6	6,3	5,5	4,5
Staatsverbrauch	4,9	4	3,5	4,9	5,1	4	3,5
Anlageinvestitionen	4,4	3	3,5	4,7	4,2	3,5	2,5
Ausrüstungen	3,8	4	4	3,7	3,9	4	3,5
Bauten	4,8	3	4	5,6	4,1	3,5	2,5
Terms of Trade	-3,2	2	1	-2,6	-3,9	1	3,5
Ausfuhr	5,4	5	3	4,7	5,8	5,5	5
Einfuhr	8,8	3	2	7,5	10,1	4	1,5
Bruttosozialprodukt	4,3	4,5	3,5	4,4	4,3	5	4

die Zentralbankgeldmenge leicht über den oberen Rand stoßen kann.

Gegenwärtig ist der Realzins immer noch zu hoch; zu einer nennenswerten Anregung der Investitionstätigkeit bedarf es erheblich niedrigerer Zinssätze. Die Marktkräfte – niedrige Verschuldungsneigung der Wirtschaft und sinkende Inflationserwartungen der Geldanleger – sind auf eine länger anhaltende Zinssenkung gerichtet. Aber auch die

Bedingungen für weitere geldpolitische Lockerungen sind erfüllt: Die Tariflohnabschlüsse im Frühjahr waren maßvoll, und nach der neuerlichen Anpassung im Europäischen Währungssystem sind die von dort ausgehenden Gefahren für Preisstabilität und realen Wechselkurs zunächst gebannt. Trotzdem kann es aus Gründen, die von der Bundesbank nicht zu verantworten sind, immer wieder zu Rückschlägen auf dem Kapitalmarkt kommen. So ist die

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981	1982	1983	1981		1982	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
2. Einnahmen und Ausgaben der Sektoren Mrd. DM							
1. Staat							
<u>Einnahmen</u>							
Steuern	383,2	398	419	181,0	202,2	185	212,5
Sozialbeiträge	247,4	259,5	273	121,8	125,6	128	131,5
Erwerbseinkünfte	18,1	27	23	9,6	8,6	18	9
Sonstige laufende Übertragungen	15,0	15,5	17	7,8	7,2	8	7,5
Vermögensübertragungen	7,0	7	6,5	3,2	3,8	3	3,5
Summe der Einnahmen	670,7	706,5	738,5	323,3	347,4	342,5	364,5
<u>Ausgaben</u>							
Staatsverbrauch	325,8	341,5	357	151,9	173,9	159,5	182,5
Zinsen	35,4	43	50	19,4	16,1	22	21
Laufende Übertragungen	299,6	317,5	332,5	148,9	150,8	158,5	159
dar.: Private Haushalte	250,4	265,5	279	124,3	126,1	132,5	133
Unternehmen	26,0	26	26	12,2	13,8	12,5	14
Vermögensübertragungen	33,5	34	36	13,6	19,9	14	20
Nettoinvestitionen	46,2	40,5	40	20,3	25,9	17	23
Bruttoinvestitionen	56,5	51,5	52,5	25,3	31,2	22,5	29
Abschreibungen	10,3	11,5	12,5	5,1	5,3	5,5	6
Summe der Ausgaben	740,6	776	815,5	354,0	386,6	370,5	405
Finanzierungssaldo	-69,9	-69	-77	-30,7	-39,2	-28,5	-41
2. Private Haushalte							
<u>Einnahmen</u>							
Nettolohn- und -gehaltsumme	492,4	501	520,5	236,7	255,7	241	259,5
Laufende Übertragungen	268,5	284,5	298	133,3	135,2	141,5	142,5
Entn. Gewinne und Vermögenseinkommen	284,5	301,5	324,5	133,2	151,3	140,5	161
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	14,9	15,5	17	7,3	7,6	7,5	8
Geleistete lauf. Übertragungen	31,5	32,5	34	14,5	17,0	15	17,5
Verfügbares Einkommen	999,0	1 038,5	1 092	481,5	517,5	500,5	538
<u>Ausgaben</u>							
Privater Verbrauch	860,9	898,5	944,5	412,8	448,1	431	467,5
Ersparnis	138,1	140	147,5	68,7	69,4	69,5	70,5
Finanzierungssaldo	122,7	124	129,5	60,9	61,8	61,5	62,5
„Vermögensübertragungen (Saldo)	15,4	16	18	7,7	7,7	8	8
Verfügbares Einkommen	999,0	1 038,5	1 092	481,5	517,5	500,5	538
Nachr.: Sparquote (in vH)	13,8	13,5	13,5	14,3	13,4	14	13
3. Übrige Welt							
<u>Einnahmen</u>							
Übertragungen (Saldo)	30,0	33	35	14,5	15,5	16	17
Finanzierungssaldo	-17,8	2	6,5	-15,7	-2,0	2,5	-0,5
<u>Ausgaben</u>							
Außenbeitrag	12,2	35	41,5	-1,3	13,5	18	16,5
4. Unternehmen							
<u>Einnahmen</u>							
Fremdmittel	70,6	53	46	46,0	24,6	31	22
Private Haushalte	122,7	124	129,5	60,9	61,8	61,5	62,5
Staat	-69,9	-69	-77	-30,7	-39,2	-28,5	-41
Übrige Welt	17,8	-2	-6,5	15,7	2,0	-2,5	0,5
Eigenmittel	226,0	248,5	286,5	99,5	126,5	109,5	139
Abschreibungen	180,6	193,5	208,5	89,0	91,6	96	97,5
Vermögensübertragungen (Saldo)	39,5	40,5	44,5	17,1	22,4	17,5	23
Nichtentnommene Gewinne	5,8	14,5	33,5	-6,6	12,5	-4	18,5
Summe der Finanzierungsmittel	296,5	301,5	332,5	145,5	151,1	140,5	161
<u>Ausgaben</u>							
Bruttoinvestitionen	296,5	301,5	332,5	145,5	151,1	140,5	161
Nachr.: Selbstfinanzierungsquote (in vH)	76,2	82,5	86	68,4	83,7	78	86,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981	1982	1983	1981		1982	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
2. Einnahmen und Ausgaben der Sektoren Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
1. Staat							
<u>Einnahmen</u>							
Steuern	1,5	4	5,5	1,3	1,6	2,5	5
Sozialbeiträge	7,3	5	5	7,6	7,0	5	5
Erwerbseinkünfte	21,3	48	-14	28,7	14,0	88,5	2,5
Sonstige laufende Übertragungen	-2,6	5	8,5	6,5	-10,8	4	6,5
Vermögensübertragungen	-1,3	-3,5	-0,5	10,0	-9,1	0,5	-7
Summe der Einnahmen	3,9	5,5	4,5	4,5	3,3	6	5
<u>Ausgaben</u>							
Staatsverbrauch	7,1	5	4,5	8,5	5,9	5	5
Zinsen	23,4	21	17	32,9	13,6	13,5	29,5
Laufende Übertragungen	6,8	6	5	6,6	6,9	6,5	5,5
dar.: Private Haushalte	7,8	6	5	7,6	7,9	6,5	5,5
Unternehmen	-4,9	0,5	-0,5	-8,0	-2,0	0,5	0,5
Vermögensübertragungen	-2,0	1	6,5	-7,0	1,8	1	0,5
Nettoinvestitionen	-3,9	-12,5	-0,5	-5,6	-6,1	-15	-11
Bruttoinvestitionen	-3,3	-8,5	1,5	-2,7	-3,7	-10	-7,5
Abschreibungen	10,6	9,5	9	11,2	10,0	9	10
Summe der Ausgaben	6,3	5	5	7,2	5,5	4,5	5
Finanzierungssaldo
2. Private Haushalte							
<u>Einnahmen</u>							
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,1	1,5	4	4,3	4,0	2	1,5
Laufende Übertragungen	7,6	6	5	7,7	7,5	6,5	5,5
Entn. Gewinne und Vermögenseinkommen	6,3	6	7,5	7,1	5,7	5,5	6,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	12,6	5	7	16,6	9,0	5,5	5
Geleistete lauf. Übertragungen	9,8	3,5	5	13,0	7,1	3,5	3,5
Verfügbares Einkommen	5,4	4	5	5,6	5,2	4	4
<u>Ausgaben</u>							
Privater Verbrauch	4,8	4,5	5	4,6	4,9	4,5	4,5
Ersparnis	9,3	1,5	5	11,7	6,9	1,5	1,5
Finanzierungssaldo	10,0	1	4,5	12,9	7,2	1	1,5
Vermögensübertragungen (Saldo)	3,9	4	11,5	3,3	4,5	6,5	2
Verfügbares Einkommen	5,4	4	5	5,6	5,2	4	4
3. Übrige Welt							
<u>Einnahmen</u>							
Übertragungen (Saldo)	11,0	9,5	6,5	1,6	21,6	10	9
Finanzierungssaldo
<u>Ausgaben</u>							
Außenbeitrag
4. Unternehmen							
<u>Einnahmen</u>							
Fremdmittel	-22,0	-25	-13,5	-1,5	-43,9	-33	-10
Private Haushalte	10,0	1	4,5	12,9	7,2	1	1,5
Staat
Übrige Welt
Eigenmittel	2,5	10	15,5	-4,2	8,6	10	10
Abschreibungen	8,5	7	7,5	9,3	7,7	7,5	6,5
Vermögensübertragungen (Saldo)	3,6	2,5	9,5	1,9	4,9	3	2
Nichtentnommene Gewinne
Summe der Finanzierungsmittel	-4,6	1,5	10,5	-3,4	-5,8	-3,5	6,5
<u>Ausgaben</u>							
Bruttoinvestitionen	-4,6	1,5	10,5	-3,4	-5,8	-3,5	6,5

Quellen: 1981 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1982, S. 151 ff), sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; 1982 aufgrund neuerer Daten vom DIW geringfügig revidierte Fassung der Gemeinschaftsprognose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1982; in: Wochenbericht des DIW Nr. 18/1982) und eigene Schätzungen; 1983 Prognose des DIW. Prognosen gerundet.

— mit einem Druck auf den Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar verbundene — Verschlechterung des Kapitalmarktklimas in den letzten Wochen vor allem auf weltpolitische Krisen, die Diskussion über den Bundeshaushalt '83 und auf erneute Zinssteigerungen in den USA zurückzuführen. Die Bundesbank kann derartige Rückschläge zwar nicht verhindern, aber begrenzen. Sie würde dieser Aufgabe am besten entsprechen, wenn sie an dem eingeschlagenen potentialorientierten Kurs festhielte.

Während für die Geldpolitik einige Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie den hier geforderten Kurs nicht nur in den nächsten Monaten, sondern auch im kommenden Jahr durchhält, ist die Unsicherheit über die finanzpolitischen Entscheidungen groß. Der hier prognostizierte konjunkturelle Aufschwung ist viel zu schwach, als daß er — über kräftig steigende Einnahmen des Staates — eine Entschärfung des Finanzierungsproblems der öffentlichen Haushalte bringen könnte. Zudem hat die Hoffnung auf einen abermals hohen Gewinn der Bundesbank in diesem Jahre, der im kommenden Jahr spürbar zu einer Schließung von Haushaltslücken beitragen könnte, eine Kehrseite. Sie kann sich allein auf ein fortwährend hohes Zinsniveau hier und in den USA gründen. Würde sie sich erfüllen, so bedeutete dies die billigende Hinnahme eines Einflußfaktors, der die Konjunktur und damit auch die Steuereinnahmen beeinträchtigt; zusätzliche Finanzierungsmittel werden, gesamtwirtschaftlich gesehen, so kaum gewonnen.

Die vorgelegte Prognose weist auf einen erneuten Anstieg des Staatsdefizits im Jahre 1983 hin, obwohl nochmals eine hohe Gewinnabführung der Bundesbank unterstellt wurde. Von großer Bedeutung wird sein, ob die finanzpolitischen Entscheidungsträger bereit sind, dieses erhöhte Defizit als Grundlage ihrer Planungen zu akzeptieren, oder ob sie wiederum versuchen werden, die Defizite durch diskretionäre Maßnahmen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite, also durch Erhöhungen von Steuern und Abgaben oder Streichung von Ausgaben, auf ein politisch gewünschtes Maß zu reduzieren.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die dabei erhoffte Verminderung der Defizite nicht eintritt; die Maßnahmen haben die Konjunktur so stark belastet, daß nicht einmal der außerordentlich kräftige Anstieg der Exporte zu einem Aufschwung geführt hat, wie das früher die Regel war. Die konjunkturelle Dämpfung führte zu unerwarteten Mindereinnahmen und Mehrausgaben jeweils an anderer Stelle; die sich neu auftuenden Finanzierungslücken mußten über Nachtragshaushalte geschlossen werden. Konsequenterweise ist, daß dieser Nachtrag 1982

durch eine Erhöhung der staatlichen Kreditaufnahme finanziert wird; für die Gesamtwirtschaft nachteilig ist jedoch, daß die zusätzliche Kreditaufnahme nun für Zwecke erforderlich wird, die prinzipiell nicht erwünscht sein können, hauptsächlich nämlich für die Zahlung von Unterstützungen an Arbeitslose und sonstige aus konjunkturellen Gründen einkommensschwache Personenkreise. Wären die gleichen Mittel beschäftigungswirksam eingesetzt worden, so wären damit Effekte erzielt worden, die die Arbeitslosigkeit gedämpft und das Wirtschaftswachstum angeregt hätten. Dies hätte sich auch günstig bei der Entwicklung der Einnahmen des Staates ausgewirkt. Außerdem wären Gewinne und die private Investitionsneigung positiv beeinflusst worden.

Bei den nun anstehenden Diskussionen um den Haushalt 1983 sollten diese Zusammenhänge nicht abermals aus den Überlegungen verdrängt und an ihre Stelle Wunschvorstellungen gesetzt werden. Der zu erwartende Aufschwung ist nicht so kräftig, daß er größeren Belastungen von dieser Seite standhalten könnte. Je stärker mithin die Konjunktur durch restriktive Maßnahmen belastet wird, umso weiter verschieben sich die Möglichkeiten einer dauerhaften Konsolidierung der Staatsfinanzen in die Zukunft.

Zugleich droht die Wiederholung eines anderen Fehlers: Wenn es aus Konsolidierungsgründen schon Ausgabenkürzungen geben muß, dann sollten jedenfalls diejenigen Positionen verschont bleiben, deren Erhöhung für Wachstum und Beschäftigung dringend erforderlich ist. Gerade diese, allen voran die staatlichen Investitionen, haben in den beiden letzten Jahren dem Rotstift die größten Opfer bringen müssen.

Eine realitätsbezogene Planung staatlicher Ausgaben und Einnahmen und damit auch der Defizite ist für die Stärkung des Vertrauens in staatliche Entscheidungskraft förderlicher als eine zunächst verniedlichende Planung mit späteren Revisionen. Von der voraussichtlichen Zunahme des Defizits im Jahre 1983 von 8 Mrd. DM entfallen 4 Mrd. DM auf die Sozialversicherung, so daß sich für die Gebietskörperschaften ein Defizit von 73 Mrd. DM abzeichnet. Wie 1982 wird die Hälfte davon der Bund tragen müssen. D. h. aus heutiger Sicht entspricht eine Neuverschuldung des Bundes von etwa 37 Mrd. DM den gesamtwirtschaftlichen Mindestanforderungen. Die Bereitschaft der Öffentlichkeit, nochmals hohe staatliche Defizite zu akzeptieren, wird dann gestärkt, wenn der Öffentlichkeit klar gemacht wird, daß diese Defizite zur Überwindung der Wachstumsschwäche unausweichlich und zugleich zur dauerhaften Kürzung der staatlichen Neuverschuldung unumgänglich sind.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 52 Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung – Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,–.
- Heft 53 Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,–.
- Heft 54 Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,–.
- Heft 59 Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,–.
- Heft 60 Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. 1980. DM 36,80.
- Heft 61 Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,–.
- Heft 62 Berechnung des Industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,–.
- Heft 64 Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG).** Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,–.
- Heft 66 Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Karin Hollmann. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,–.
- Heft 68 Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Holsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,–.
- Heft 69 Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage.** Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 51. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1981. 128 S. DM 48,—.

Input-Output-Tabelle für die Bundesrepublik Deutschland 1976. Von *Reiner Stäglin*.

Importmatrix für die Bundesrepublik Deutschland 1976. Von *Jörg-Peter Weiß* unter Mitarbeit von *Gisela Grunwald*.

The role of public employment in an integrated mid-term-programme for the recovery of full-employment in the Federal Republic of Germany. By *Hans-Jürgen Krupp*.

Aspekte der neuen Planordnung in der DDR. Von *Angela Scherzinger*.

Die Verschuldung der Volksrepublik Polen gegenüber dem Westen. Gegenwärtiger Stand und Ausblick. Von *Heinrich Machowski*.

Die Rolle der Kernkraft in der Energiepolitik der UdSSR. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zur Verschuldungsfrage der Dritten Welt. Stand, Entwicklungstendenzen und Lösungsperspektiven. Von *Siegfried Schultz*.

Kurzberichte: Gutachten-Dokumentation.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2–3/1981. 140 S. DM 62,—.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. — Diskussionsforum für ökonomische Modelle. Von *Hans-Jürgen Krupp*.

Eine Übersicht zu den gesamtwirtschaftlichen ökonomischen Modellen für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Götz Uebe*.

Konjunkturpolitische Szenarien 1981/82. Simulationsrechnungen mit der DIW-Version des Konjunkturmodells der Forschungsinstitute. Von *Rudolf Zwiener*.

Ein Verfahren zur Größenklassenumsetzung. Konzeptionelle und methodische Aspekte der Einkommens- und Vermögensschichtung des DIW. Von *Klaus-Dietrich Bedau* und *Bernd Freitag*.

Zur Stellung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Handel. Von *Klaus Henkner*.

Ausgaben der privaten Haushalte und staatliche Zuwendungen für den Personenverkehr. Von *Heilwig Rieke*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen 1980.

Heft 4/1981. 130 S. DM 58,60.

Staatsdefizite, Kreditmärkte und Investitionen. Von *Reinhard Pohl*.

Einige quantitative Aspekte der Staatstätigkeit: Verlaufsmuster und Perspektiven. Von *Dieter Vesper*.

Entwicklung von Gewinnen und Renditen im Unternehmensbereich. Von *Bernd Görzig*.

Der Einfluß demographischer Faktoren auf die Struktur des privaten Verbrauchs. Von *Werner Müller*.

Bemerkungen zu einer regional differenzierten Betrachtungsweise in der Demographie. Von *Herwig Birg*.

A Comparison of the Efficiency of Various Predictors in the Generalized Least Squares Model. By *Jürgen Blazejczak*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung 1982 und 1983. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg, 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.